



Helmut Klages

ABSTURZ DER PARTEIENDEMOKRATIE?

Die politische Lage in Deutschland



campus

Helmut Klages ist emeritierter Professor für empirische Sozialwissenschaften an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Helmut Klages

Absturz der Parteiendemokratie?

Die politische Lage in Deutschland

Campus Verlag
Frankfurt/New York

ISBN 978-3-593-50988-4 Print
ISBN 978-3-593-44041-5 E-Book (PDF)
ISBN 978-3-593-44043-9 E-Book (EPUB)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2018 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Satz: publish4you, Bad Tennstedt

Gesetzt aus der Garamond

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Einleitung.....	9
1. Die Entwicklung der repräsentativen Demokratie.....	11
Repräsentative Demokratie als Parteiendemokratie.....	11
Gesellschaftliche Trenn- und Spannungslinien.....	12
Probleme der Parteien im Modernisierungsprozess.....	13
Merkmale der Parteien- und Politikerverdrossenheit.....	15
Systemtheoretische Perspektive.....	18
Kulturpsychologische Perspektive.....	19
Entfremdung zwischen Parteien und Wählern.....	21
Gesplante Reaktionen der politischen Wissenschaft.....	23
2. Das Zufriedenheitsparadox.....	25
Inkonsistenzen in den »Verdrossenheits«-Daten.....	25
»Demokratiezufriedenheit« im Fokus.....	27
Die Entwicklung der Demokratiezufriedenheit.....	28
Soziodemografie der Demokratiezufriedenheit.....	30
3. Die entscheidenden Einflüsse auf die Demokratiezufriedenheit.....	33
Die Zufriedenheit mit der Marktwirtschaft.....	33
Die Exekutive als Zufriedenheitsgarant.....	35
4. Wählerrepräsentation durch die Spitze der Exekutive.....	43
Die »eigenen Leute« in der Bundesregierung.....	43
Belege für eine Personalisierung der Politik.....	44
Notwendige Einsicht.....	46
Eine weitere notwendige Einsicht.....	47

5.	Hilfestellungen	49
	Die Massenmedien – unentbehrliche, aber problematische Helfer	49
	Prosperität als Zufriedenheitsspender	52
	Zurücknahme von Befriedigungserwartungen	53
	Die Bedeutung des gesellschaftlichen Wertewandels	55
6.	Die Wirkung von Angela Merkel als Zufriedenheitsgenerator	57
	Die Variable »Arbeit von Merkel gut« als Indiz	57
	Die Kanzlerin als Favoritin	58
	Unterwanderung der Parteien?	59
	Keine »Eiskönigin«	60
	Persönliche Beziehungen mit der Spitze der Exekutive.	61
	Die frust- und angstabsorbierende Wirkung der Kanzlerin	63
7.	Einflusswirkungen personaler Faktoren im politischen Spitzenbereich	67
	Spekulationen über Personen-Magnetismus.	67
	Die Bedeutung persönlicher Merkmale	70
	Überforderung und Rollen-Stress als Risiken.	71
	Das Risiko »einsamer Entscheidungen«	73
	Die »Flüchtlingskrise« als Menetekel	74
	Unmittelbare Folgen und Langzeitwirkungen der »Flüchtlingskrise«	76
8.	Diagnose-Ergebnisse	79
	Personalisierung der Repräsentationsaufgabe	79
	Das Zusammenwirken verschiedener Risikofaktoren	80
9.	Zur Verfassung der repräsentativen Demokratie in Deutschland	83
	Die Gefahr von Fehlinterpretationen am Beispiel der Populismus-Diagnose	83
	Realistische Ansatzpunkte für das Tätigwerden	85

10.	Möglichkeiten zukünftiger Politikgestaltung	89
	Erhöhung des Rationalitätsgrads von Entscheidungen im politischen Spitzenbereich?	89
	Aufbruchstimmung in den 1960er und 1970er Jahren	90
	Heroische Experimente	91
	Re-Traditionalisierung des Regierungshandelns	93
	Die Kanzlerin als Joker?	94
	Erste Empfehlung	96
	Zweite Empfehlung	97
	Der Bürgerdialog »Gut leben in Deutschland«	98
	Dritte Empfehlung	101
	Vierte Empfehlung	103
11.	Die Frage nach einer Krise der Demokratie	107
	Ein nüchterner Rückblick	107
	Eine Verteidigung der Bevölkerung	107
	Eine notwendige Klarstellung	110
	Wann herrscht eine akute Krise?	111
	Ablehnung der Behauptung einer akuten Demokratiekrise	112
	Die konkrete Möglichkeit von Demokratiekrisen	114
	Das ökonomische Krisenpotenzial	115
	Ein politisches Worst-case-Szenario	117
	Die reale Perspektive	119
12.	Die Bedeutung von Denkfiguren und Metaphern	123
	Die Macht des Status quo	123
	Die Kraft von Metaphern	124
13.	Zur zukünftigen Gestaltung von Wahlen	127
	Anhang	131
	Literatur	137
	Anmerkung	139
	Im Text verwendete Datenquellen	139

Einleitung

Die Entwicklung der modernen Demokratievorstellungen war von Anfang an durch tief greifende Widersprüche gekennzeichnet. »Demokratie« sollte Herrschaft des Volkes bedeuten. So viel war klar. Aber was hieß »Herrschaft des Volkes« praktisch gesehen?

Unter den vielfältigen Antworten, die auf diese Frage gegeben wurden,¹ ragten frühzeitig zwei hervor, die nach allgemeiner Auffassung einen diametralen Gegensatz verkörperten.

Die insbesondere von J. J. Rousseau verkündete erste Antwort lautete, dass jeder Einzelne unmittelbar an der Ausübung der politischen Entscheidungsfindung beteiligt werden sollte. Das hauptsächliche Instrument der demokratischen Praxis sollte dementsprechend die Volksabstimmung sein, die de facto mehr oder weniger permanent stattfinden sollte und an der im Idealfall alle Vollmitglieder der Gesellschaft mitwirken sollten.

Die zweite Antwort lautete dagegen, dass die politische Entscheidungsfindung auf eine überschaubare Zahl von »Delegierten« übertragen werden sollte, die in einem »Parlament« zusammenkommen sollten. Es sollte dort eine »deliberative«, das heißt, aufgeklärter Vernunft Raum gebende Erörterung der allgemeinen Angelegenheiten stattfinden. Darin wurde ein entscheidender Unterschied zur Monarchie gesehen, die in der persönlichen Wünschen und Neigungen folgenden Willkür eines Einzelnen kulminierte. Das zentrale Instrument der demokratischen Praxis sollte die Wahl der Parlamentsmitglieder sein, auf die sich die demokratische Beteiligung der wahlberechtigten Gesellschaftsmitglieder konzentrieren und beschränken sollte. Diese Wahl sollte im Idealfall eine allgemeine, unmittelbare, gleiche, freie und geheime Wahl sein. Außerhalb der periodisch anzusetzenden Wahlen sollte die Demokratie sich aber praktisch gesehen im überschaubaren Kreis gewählter Repräsentanten vollziehen.

¹ Vgl. z. B. Schmidt 1995.

Anfangs wurde darüber gestritten, ob die »Bürger/innen« berechtigt sein sollten, ihren Delegierten – im Sinne eines »imperativen Mandats« – Aufträge mitzugeben oder zu erteilen, oder sie eventuell während der Amtszeit zwischen den Wahlen individuell oder in ihrer Gesamtheit abzuwählen. Auf breiter Front setzte sich aber schon in der Geburtsstunde der Demokratie, wie auch bei einer überwiegenden Zahl nachfolgender Demokratiebegründungen, die »parlamentarische« oder »repräsentative« Variante ohne imperatives Mandat durch. Damit erhielt die allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahl, die ihre endgültige Form allerdings erst im Verlauf eines längeren Entwicklungsprozesses fand,² eine weithin gültige Zentralstellung als Garant demokratischer Verhältnisse.

² Vgl. hierzu etwa die auf die Entwicklung in Frankreich zwischen 1814 und 1830 konzentrierte Untersuchung von: Geiss 2011.

1. Die Entwicklung der repräsentativen Demokratie

Repräsentative Demokratie als Parteiendemokratie

Im Rückblick lässt sich zusammenfassend feststellen, dass sich die repräsentative Demokratie auf breiter Front als siegreich erwies. Im Grunde genommen erlebte sie – auch angesichts einer zunehmenden Zahl von Ländern, die sich zu ihr entschlossen – eine sich scheinbar unablässig steigende Erfolgsgeschichte.¹

Hierbei wurde keine »radikale« Linie verfolgt. Vielmehr wurde in der Regel die Möglichkeit eingeräumt, parlamentarische Beschlüsse im Fall schwerwiegender Konflikte zwischen den politischen Entscheidern und größeren Teilen der Bevölkerung durch Volksabstimmungen außer Kraft zu setzen. Diese Möglichkeit bestand auch in der Weimarer Republik. Es blieb der Bundesrepublik Deutschland vorbehalten, unter Erinnerung an die Verführung der Deutschen durch das NS-Regime, eine Ausnahme von der allgemeinen Regel zu verkörpern, das heißt, die radikale Form der repräsentativen Demokratie ohne plebiszitäre Notbremse vorzusehen.

Betrachtet man die Erfolgsgeschichte der repräsentativen Demokratie, kann die Tatsache nicht außer Acht gelassen werden, dass sich ihre Etablierung schon in einer relativ frühen Entwicklungsphase eng mit der Entstehung und dem langfristigen Erhalt politischer Parteien verband, sodass es schon bald naheliegend erscheinen mochte, die repräsentative Demokratie als eine Parteiendemokratie zu verstehen.

Den politischen Parteien wurde allerdings ein wechselhaftes und keineswegs von dauerhaftem Erfolg gekröntes Schicksal zuteil, was inzwischen zu Problemen führt, die zahlreiche Beobachter dazu veranlasst, von einer »Krise der Parteiendemokratie« zu sprechen. Aufgrund der engen Verbindung zwi-

¹ Der Sonderweg, den die Schweiz im Lauf des 19. Jahrhunderts einschlug, bleibt in diesem überschläglichen Überblick außer Betracht, da er an Bedingungen geknüpft ist, die kaum verallgemeinerungsfähig sind.

schen der repräsentativen Demokratie und der Existenz politischer Parteien verschwimmen dabei jedoch häufig die Grenzen zwischen einer die Parteien im engeren Sinne betreffenden Krise und einer Krise der repräsentativen Demokratie im Ganzen, sodass mittlerweile häufig verallgemeinernd von einer »Krise der Demokratie« gesprochen wird.

Gesellschaftliche Trenn- und Spannungslinien

Bei genauerem Hinblicken erweist sich Folgendes: Den politischen Parteien konnte über längere Zeit die Fähigkeit zugeschrieben werden, die Interessen, Wünsche und Erwartungen verschiedener Bevölkerungsteile zu sammeln und gebündelt in verbindlicher Form an die politischen Entscheidungszentren weiterzuleiten, also als maßgebliche »Input«-Agenturen der Bevölkerung zu fungieren.² Die grundlegende Voraussetzung hierfür war allerdings, dass sie die in der Gesellschaft bestehenden Trenn- und Spannungslinien (oder *cleavages*) zwischen größeren Teilgruppen der Bevölkerung, innerhalb derer relativ einheitliche Wert- und Interessenstrukturen bestanden, in ihren Programmen, in ihren parlamentarischen und/oder außerparlamentarischen Aktivitäten und in der Typik ihrer Repräsentanten abzubilden und gewissermaßen zu »verkörpern« vermochten.

In der bewegten Geschichte der deutschen Parteien zwischen dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts und dem Parteienverbot durch das NS-Regime von 1933 spiegelt sich das fortgesetzte Bemühen um die Erreichung dieses Ziels eindrucksvoll wider. Dabei machten sich sowohl die soziale Gliederung der Bevölkerung in der sich stürmisch entwickelnden, modernen Industriegesellschaft als auch weltanschaulich-ideologische Komponenten geltend, welche die Bevölkerung teils quer durch die sozialen Trennlinien hindurch spalteten.

Ungeachtet erheblicher Schwierigkeiten, die »sozialmoralischen Milieus« der Bevölkerung³ und die Konstellation der politischen Parteien nachhaltig zur Deckung zu bringen, konnten die meisten Menschen in der Tat über mehrere Jahrzehnte hinweg in den Repräsentanten »ihrer« politischen Partei

2 Bei der Verwendung des »Input«-Begriffs wird dem systemtheoretischen Ansatz von David Easton gefolgt. Vgl. hierzu Easton 1965.

3 Vgl. hierzu den Artikel »Die Geschichte der Parteien in Deutschland« in Wikipedia.

die legitimen Vertreter ihrer Interessen, Wünsche und Erwartungen sehen und sich mit ihnen problemlos identifizieren. Es konnte deshalb für sie auch selbstverständlich sein, die betreffenden Kandidaten – auch dann, wenn sie nicht von ihnen selbst aufgestellt worden waren – zu wählen und an sie ihre eigenen Souveränitätsrechte zu delegieren, ohne hierbei auch nur den Hauch eines Verlustgefühls zu empfinden. Schließlich konnten sie ja davon ausgehen, dass sie mit der Wahl »ihrer Leute« die wirksamste Möglichkeit für ihre eigene – wenngleich indirekte – Macht- und Entscheidungsteilhabe ergriffen hatten. Die Ausübung des Wahlrechts mitsamt der mit ihr verbundenen Ermächtigung anderer und die eigene Entscheidungsbeteiligung waren für sie somit letztlich ein und dasselbe. Grundsätzlich lag es für sie auch nahe, sich persönlich eng und dauerhaft an die »eigene« Partei zu binden, das heißt Mitglied zu werden und damit das Gefühl einer existenziellen Übereinstimmung deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Probleme der Parteien im Modernisierungsprozess

Tatsächlich bestand diese Konstellation, die sich als die historische Sternstunde der »Parteiendemokratie« bezeichnen lässt, über eine längere Zeitspanne hinweg, die in Deutschland vom Nationalsozialismus unterbrochen wurde und sich nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst fortsetzte.⁴ In der Bundesrepublik spielte hierbei eine Rolle, dass die Parteienentwicklung – auch aufgrund der Möglichkeit, auf Teile des ehemaligen Führungspersonals zurückzugreifen – an die in der Endphase der Weimarer Republik bestehende Parteienkonstellation anknüpfen konnte.

Der fortlaufende gesellschaftliche Modernisierungsprozess und die so herbeigeführte Differenzierung und Pluralisierung der vorhandenen Lebenslagen, Berufsperspektiven und Selbstentfaltungsinteressen sowie die unabsehbare Vervielfältigung individueller Lebensentwürfe und -schicksale, kurz: ein anwachsender struktureller Individualismus als Kennzeichen der gesellschaftlichen Realverfassung, beendete diese historische Sternstunde der »Parteiendemokratie«. Zwar bemühten sich die politischen Parteien, mit der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten, indem sie ideologischen Ballast abwarfen und sich am »Volksparteien«-Konzept orientierten. Die-

⁴ Vgl. hierzu Gabriel/Westle 2012: 48ff.

ses Konzept sollte eine gesamtgesellschaftliche Öffnung unter Abstreifung der Bindungen an eine historisch gewordene Entwicklungsstufe der gesellschaftlichen Differenzierung ermöglichen.⁵ Da diese von verschiedenen Seiten erfolgende Bemühung mit identischem Ziel einsetzte, musste jedoch die vorherige konzeptionelle Klarheit und eindeutige Unterscheidbarkeit der Parteien verloren gehen. Die Profile der Parteien wie auch ihre Angebote zur Wert- und Interessenvertretung begannen sich zu überschneiden. Die Bemühungen der Parteien um Unterscheidbarkeit, die angesichts dessen an Heftigkeit gewannen, verlagerten sich auf Einzelthemen (auf *issues*), wodurch die Einheitlichkeit und deutliche Erkennbarkeit ihrer Gesamtpositionen zunehmend litt. Ihre Profile fransten aus, sodass sich die »Volksparteien« in den Augen kritischer Beobachter nach und nach zu »Allerweltparteien« wandelten. Vor allem in den Vorwahlperioden, auf welche sich die Wahlscheidungen der immer stärker unter Druck stehenden Menschen zu konzentrieren begannen, setzte von allen Seiten ein hektisches Wettrennen um zugkräftige Themen ein, die man sich gegenseitig streitig zu machen suchte.

Die Parteien sind seitdem bemüht, den Vorraum von Wahlen mit Angeboten zu besetzen, auf die sie – gegebenenfalls auch im Widerspruch zu ihren eventuell vorhandenen Traditionsusername – vor allem deshalb zugreifen, weil sie sich von ihnen bei möglichst großen Wählergruppen Aufmerksamkeit und Zustimmung erhoffen. Gleichzeitig sind sie bestrebt, »Gesichter« und »Köpfe« herauszustellen, denen sie – warum auch immer – Attraktivität zuschreiben. Im Einzelfall geht es ihnen aber auch darum, die Hilflosigkeit vieler Menschen inmitten dieses Angebotsgedrängels auszuwerten, das sich teils in Verwirrungs- und Desorientierungsgefühlen niederschlägt, und sich – unter Absetzung von einem »abgehobenen Establishment« – als volksnahe Helfer oder Retter darzustellen. Die Lage kompliziert sich dadurch, dass die betroffenen Wettbewerbsteilnehmer solche »Spielverderber« als »populistische«

⁵ Es wird an dieser Stelle nicht auf die Partei der »Grünen« eingegangen, die den erfolgreichen Versuch repräsentiert, die Neuentstehung eines »sozialmoralischen Milieus« als Grundlage für eine Parteigründung zu nutzen. Gegenwärtig zeigt sich allerdings, dass das betreffende Milieu eng an bestimmte Jahrganggruppen – insbesondere die »68er« – gebunden ist, sodass sich in der Partei Nachwuchsmangel bemerkbar macht. Dieser wird zur Zeit dadurch überdeckt, dass die Grünen den eindeutigsten ideologischen Gegenpol zur AfD verkörpern, sodass viele gegen Rechts eingestellte junge Leute ihnen zuneigen. Im Unterschied hierzu ist die »Linke« – jedenfalls in den westlichen Bundesländern – überwiegend auf traditionellen Milieuresten angesiedelt. Sie ist infolgedessen von fortwährender Schrumpfung bedroht, zumal es ihr offenbar nicht gelingt, den Bevölkerungsteil der materiell »Abgehängten« zu politisieren und für sich zu gewinnen.

und/oder radikale und letztlich antidemokratische Eindringlinge zu denunzieren versuchen, um die Menschen davon abzuhalten, sie zu wählen.

Zu dieser Entwicklung gehört stimmig hinzu, dass die Zahl der Wähler/innen, die bis zuletzt noch unentschlossen sind, stetig zugenommen hat. Sie vollziehen den Wahlakt aufgrund einer Mischung unklarer Impulse, über die sie sich selbst kaum mehr Rechenschaft abzulegen vermögen und die sie gegebenenfalls einer »sekundären Rationalisierung« unterziehen müssen, um ihre Selbstachtung als entscheidungsfähige Subjekte aufrechtzuerhalten. Zu dieser Gruppe rechneten im Jahr 1998 noch 26 Prozent, 2002 dann 29 Prozent und 2009 schon 32 Prozent, 2013 sogar 39 Prozent und 2017 schließlich 46 Prozent der Wahlberechtigten.⁶ Absehbar wird dieser Gruppe bei der Bundestagswahl 2021 bereits die Mehrheit der Wähler/innen angehören. Zunehmend viele Menschen entscheiden sich allerdings auch für eine Wahlenthaltung. Sie tun dies zumeist mit unguuten Gefühlen, weil die Wahlbeteiligung weithin als eine Norm staatsbürgerlichen Verhaltens Bestand hat.⁷

Merkmale der Parteien- und Politikerverdrossenheit

Angesichts dieser Entwicklungen ist es kein Wunder, dass inzwischen »Verdrossenheit« gegenüber den politischen Parteien vorherrscht, zumal diese bemüht sind, kontrafaktisch die Fiktion aufrechtzuerhalten, nach wie vor die entscheidenden »Input«-Agenturen im politischen System zu sein.

Nach weithin dominierender Auffassung hat die »Parteien- und Politikerverdrossenheit« großer Teile der Bevölkerung ein derartiges Ausmaß angenommen, dass sie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit fast schon widerstandslos auf sich zieht. Man kann sie insofern als ein die Szene bestimmendes Narrativ betrachten, das den Medien immer wieder neues »Futter« liefert. Davon abgesehen hat sie jedoch einen realen Kern in dem inzwischen bei breiten Teilen der Bevölkerung vorhandenen Gefühl, durch die Parteien keineswegs mehr »repräsentiert« zu werden. Das ehemals vorherr-

6 Vgl. Köcher 2017: 8.

7 Dass diesem Verpflichtungsgefühl ungeachtet mancher Dementis zurzeit noch eine sehr erhebliche Bedeutung zukommt, wird durch einen bei einem Niveau von 0.01 hochsignifikanten Korrelationskoeffizient von $r = ,423$ dokumentiert, der sich ergibt, wenn man die im Allbus 2008 enthaltenen Variablen »Wahlbeteiligung ist Bürgerpflicht« und »Wahlabsicht bei der kommenden Bundestagswahl« zueinander in Beziehung setzt.

schende Gefühl, im Wahlakt auf die eigene demokratische Handlungs- und Entscheidungssouveränität ohne Verlustempfindungen verzichten zu können, da man die eigene Stimme bei »seiner« Partei in den bestmöglichen Händen wusste, gehört weitestgehend der Vergangenheit an. An seine Stelle tritt eher das Gefühl, die eigene Stimme an letztlich fremde und immer fremder werdende Kollektive abzutreten, die mit ihr – gedeckt durch den Artikel 38 des Grundgesetzes – nach eigenem Gutdünken umgehen, ohne sich an Wahlversprechen und auf diese bauende Wählererwartungen gebunden zu sehen. Dieser Eindruck kann gegebenenfalls schon beim Abschluss von Koalitionsverträgen entstehen, die mehr oder weniger breite Teile vorher formulierter und propagierter Wahlprogramme obsolet werden lassen. Zu dem Gesamtbild des Wählerverhaltens gehören dementsprechend zahlreiche Protestwähler/innen, die ihre Stimme derjenigen Partei geben, die die Trommel besonders kompromisslos gegen »die da oben« rührt und die somit der verbreiteten Neigung entgegenkommt, die Parteien generell als vertrauensunwürdige Stimmenjäger zu disqualifizieren.

Zu den Merkwürdigkeiten der sich einstellenden Beschäftigung mit der Parteien- und Politikerverdrossenheit gehört, dass diese als ein Evergreen der Demokratiekritik bereits frühzeitig auftauchte, phasenweise in Vergessenheit geriet, um jedoch anschließend wiederholt in mehr oder weniger unveränderter Form zu erscheinen. Wie Kai Arzheimer berichtet, war die Parteien- und Politikerverdrossenheit »bereits zu Beginn der achtziger Jahre Thema der Medienberichterstattung«. Anfang der 1990er Jahre »nahmen entsprechende Meldungen jedoch explosionsartig zu«.⁸ Während dieser Text im Jahr 2017 geschrieben wurde, hatte das Schreckbild wieder einmal Hochkonjunktur.

Bei alledem kann sich die Behauptung einer verbreiteten Parteien- und Politikerverdrossenheit auf eine Mehrzahl wissenschaftlicher Befunde stützen, deren empirische Faktizität unstrittig ist.

Zwar wird diese Faktizität fraglos des Öfteren überzeichnet, wenn von einem völligen Abbrechen der mentalen Beziehungen der Bevölkerungsmehrheit zu den politischen Parteien und einer bedeutsamen »Kluft« und Beziehungsleere zwischen den politischen Eliten und der Bevölkerung ausgegangen wird. Wie man den Daten des Politbarometers 2016 entnehmen kann, hatten immerhin noch 61,1 Prozent der Befragten eine »Neigung« zu einer politischen Partei, die in gut der Hälfte der Fälle als »sehr stark« oder »ziemlich stark« bezeichnet wurde.

⁸ Vgl. Arzheimer 2002: 17f., Fußnote 5.

Im Überblick betrachtet schält sich jedoch ein Gesamtbild heraus, das dem »Verdrossenheits«-Begriff zweifellos eine Berechtigungsgrundlage vermittelt. Nachstehend werden die infrage kommenden empirischen Befunde gerafft vorgestellt, wobei angesichts ihres inzwischen voraussetzbaren Bekanntheitsgrads auf genauere Zahlenangaben und Quellennennungen verzichtet wird:

- So hat sich inzwischen die Tatsache herumgesprochen, dass es seit geraumer Zeit einen Abwärtstrend der Wahlbeteiligung gibt, der mit unterschiedlichen Steilheitsgraden sowohl die Bundestagswahlen als auch die Landtags- und Kommunalwahlen betrifft.
- Gleichzeitig ist aber auch die durchschnittliche Parteibindung (die sogenannte Parteiidentifikation) der Wähler/innen in den zurückliegenden Jahren gesunken. Angesichts der bestehenden mentalen Restbeziehungen lässt sich allenfalls noch von einer in größeren Teilen der Bevölkerung vorhandenen »Parteisymphathie« sprechen, die allerdings nur noch eine geringe Bindungswirkung besitzt, sodass sie beispielsweise das Wahlverhalten der Bevölkerung allenfalls begrenzt beeinflusst.
- In Verbindung hiermit hat die Zahl der sogenannten Wechselwähler/innen kontinuierlich zugenommen und erreicht heute bei den großen Volksparteien einen Anteil von ca. 40 bis 45 Prozent, sodass diese Parteien nur noch mit einem stark verringerten Bestand von zuverlässigen »Stammwählern« rechnen können. Laut den von SWR.de mitgeteilten Ergebnissen einer Umfrage in Baden-Württemberg unmittelbar nach der Bundestagswahl 2017 lag der Anteil derjenigen, die »immer dieselbe Partei« wählen, sich also zu keinem Zeitpunkt für eine andere Partei entschieden, sogar nur bei 9 Prozent der Befragten!
- Darüber hinaus haben diese Parteien im selben Zeitraum mehr und mehr – aktuell bis zu circa 50 Prozent – ihrer eingeschriebenen Mitglieder eingebüßt.
- Besonders gravierend ist aber, dass sich bei Befragungen über die Einstellung der Bevölkerung zu »den Parteien und Politikern« in den zurückliegenden Jahren zunehmend negative Ergebnisse zeigten. Auf die Frage, ob die Politiker die Anliegen der Bevölkerung oder ihre eigenen Interessen im Auge hätten, antworteten in der letzten Zeit etwa zwei Drittel der Befragten mit »ihre eigenen Interessen«.
- Geradezu erschreckend muss aber letztlich erscheinen, dass das »Vertrauen in die politischen Parteien« nach übereinstimmenden Ergebnissen zahlreicher Befragungen dramatisch gesunken ist und – je nach Fragestel-

lung – im Extremfall bereits die 10-Prozent-Grenze unterschreitet. Mit anderen Worten hat sich bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung im Verhältnis zu den politischen Parteien und deren – von ihr selbst gewähltem – Personal eine gravierende Vertrauenslücke herausgebildet.

Fasst man all diese Fakten zusammen, gelangt man unschwer zu dem Befund, dass den politischen Parteien ihre einstmalige Fähigkeit, die Bedürfnisse, Wünsche und Erwartungen der Bevölkerung zu »repräsentieren«, weitgehend abhanden gekommen ist. Sucht man die Ursache dafür in der mangelnden Fähigkeit der politischen Parteien, den Anschluss an den mit der gesellschaftlichen Modernisierung verbundenen Strukturwandel zu finden, so lässt sich diese Feststellung mit der Diagnose verknüpfen, dass der mit dem erheblichen Verlust der Repräsentationsfähigkeit eingetretene Funktionsverlust *irreversibel* ist.

Systemtheoretische Perspektive

Bei einer systemtheoretischen Betrachtung⁹ fällt der Tatsache besondere Bedeutung zu, dass die politischen Parteien ihre ehemalige Funktion, den politischen Entscheidungszentren den gebündelten Interessen-, Bedürfnis- und Erwartungs-»Input« der Bevölkerung zuzuleiten und diese damit nachhaltig von der Mühsal politischer Selbstdurchsetzung zu entlasten, nicht mehr – oder allenfalls nur noch sehr eingeschränkt – wahrnehmen können, ohne dass jedoch, so mag es jedenfalls erscheinen, eine Ersatzinstanz zur Verfügung steht. So gesehen verbindet sich mit dem Ende der historischen Stunde der Parteiendemokratie scheinbar eine klaffende Funktionslücke im gesamtgesellschaftlichen Systemzusammenhang der Demokratie schlechthin, die dessen logisches Grundprinzip, das Easton mit dem Begriff *systemic feedback loop* kennzeichnet, infrage zu stellen scheint. Geht man davon aus, dass ein politisches System, gleich welcher Couleur, darauf angewiesen ist, die Interessen, Wünsche und Erwartungen der Bevölkerung – oder zumindest einer ausreichend großen Bevölkerungsmehrheit aufzunehmen und in einem hinlänglichen Maße zu befriedigen, um gewissermaßen im Gegenzug Zu-

⁹ Wo in diesem Text von »Systemtheorie« die Rede ist, wird durchgängig der Ansatz von David Easton (1965) zugrunde gelegt.

stimmung und Support zu erhalten, dann *scheint* mit der Entdeckung einer grundsätzlich gelagerten und offensichtlich irreversiblen »Repräsentationschwäche« der politischen Parteien eine fundamentale Systemgefährdung verknüpft zu sein. Zumindest gilt dies dann, wenn man in den politischen Parteien – gemäß dem Selbstverständnis der »repräsentativen Demokratie« – die entscheidenden »Input«-Agenturen des Systems verstehen will. Konkret *scheint* es dann naheliegend zu sein, von einer von den politischen Eliten »alleingelassenen« und somit unabsehbaren Existenzgefährdungen ausgelieferten Bevölkerung zu sprechen. Die historische Basisentscheidung für die »repräsentative Demokratie« *scheint* damit einer ihrer wesentlichen Rechtfertigungen beraubt zu sein. Man könnte angesichts dessen versucht sein, verallgemeinernd den Eintritt in eine »postdemokratische« Situation festzustellen,¹⁰ ebenso wie Colin Crouch und andere einen drohenden Systemzusammenbruch zu diagnostizieren und die Sturmglöcke zu läuten.

Kulturpsychologische Perspektive

Die gravierenden Verschiebungen der politischen Landschaft, die sich in den vorstehenden Ausführungen andeuten, lassen sich noch von einer anderen Seite betrachten. Hierbei kann die Frage in den Mittelpunkt gerückt werden, wie sie sich auf die »Kulturpsychologie«¹¹ des Verhältnisses zwischen Bevölkerung und Politik auswirkten.

Es ist davon auszugehen, dass in der Sternstunde der politischen Parteien typischerweise eine sehr enge direkte Verknüpfung zwischen ihnen und ihren Anhängern bestand, die vor allem von ihren Ortsvereinen bzw. -verbänden getragen wurde und in der Regel persönliche Kontakte einschloss.

Das so gewährleistete Beziehungsnetz wurde dadurch ergänzt und verstärkt, dass auch sonstige Sozialorganisationen, denen die Individuen angehörten, eng mit den Parteien verbunden waren und deren Grundanschauungen teilten (man denke nur an die Gewerkschaften früheren Typs, an Arbeiter-Sport- und -Gesang-Vereine usw.).

¹⁰ Vgl. Crouch 2008.

¹¹ Mit der Verwendung dieses Begriffs, der sehr gut geeignet ist, Sachverhalte zu kennzeichnen, die soziologische und psychologische Aspekte einbeziehen, wird an eine in der Nomenklatur der Wissenschaftsdisziplinen etwas in Vergessenheit geratene Tradition angeknüpft.

Diese sozialkulturelle Verschränkung wurde dadurch intensiviert, dass die von den Parteien betreuten Menschen vor allem in den größeren Städten, in denen sich eine oftmals krasse sozialstrukturelle »Segregation« entfaltete, eng beieinander wohnten und relativ homogene räumliche Milieus bildeten. Zur räumlichen Homogenität kam eine weitgehende soziale Homogenität hinzu, d. h. also ähnliche Einkommens- und Wohnverhältnisse, Kleidungsgewohnheiten usw. Die ohnehin bestehenden Kontaktnetze wurden durch Nachbarschaftsbeziehungen im »Kiez«, wie auch durch den Besuch derselben Schulen, durch Freundschaften und Liebesbeziehungen ausgebaut und verdichtet. In der Regel herrschten auch innerhalb der Familien identische soziale Beziehungen, organisatorische Bindungen und Wertorientierungen vor. Soweit Parteimitgliedschaften vorlagen, betrafen sie mit großer Selbstverständlichkeit allesamt dieselbe Partei.

Eine Folge dieser vielfachen Überlagerungen war eine Loyalität gegenüber den politischen Parteien, deren Begründung bis tief in die Identitätskerne der Individuen hineinreichte. Die Parteien waren nicht nur Dienstleistungsanbieter und Interessenvertreter. Sie konnten vielmehr ihrerseits von ihren Mitgliedern, Parteigängern und Anhängern Solidarität und Identifikation mit den von ihnen vertretenen Positionen einfordern. Die Wünsche, Bedürfnisse und Erwartungen ihrer Anhänger wurden von ihnen nicht nur passiv aufgenommen, sondern auch aktiv artikuliert und in einer politisch vertretbaren Form zurückprojiziert, sodass diese sie in parteipolitisch »bearbeiteter« Form in ihr Bewusstsein übernehmen konnten. Den politischen Kampf ihrer Parteien um die Durchsetzung ihrer Ziele konnten die Anhänger somit unmittelbar als einen Kampf um die Realisierung ihrer eigenen Interessen, Wünsche und Bedürfnisse mitvollziehen.

Sie vollzogen damit allerdings auch die Kompromisse mit, zu denen ihre Parteien gezwungen waren. Die Enttäuschungen, die diese Kompromisse auslösten, riefen bei ihnen keine Ressentiments gegen »die da oben« hervor, da sie überzeugt waren, dass ihre Vertreter ihr Bestes gegeben und alles erreicht hatten, was politisch möglich war. Sie standen aber auch zum Kampf bereit, falls ihre Vertreter sie dazu aufforderten.

Hierbei ging es keineswegs um chaotische Ausbrüche enthemmter Massen, sondern viel eher um disziplinierte und straff organisierte Demonstrationen, bei denen die Menschen in geschlossener Formation einer sichtbaren oder unsichtbaren Fahne als Symbol zielorientierter Gemeinschaftlichkeit folgten. Im Verlauf der Weimarer Republik steigerte sich diese disziplinierte Gemeinsamkeit zu einem weitverbreiteten, in vielen Farben

schimmernden Uniformtragen vor allem der jüngeren Parteimitglieder. Es lässt sich ohne Übertreibung sagen, dass die Parteien die Wünsche, Bedürfnisse und Erwartungen ihrer Anhänger nicht nur aufnahmen, politisch ausformulierten und transportierten, sondern gleichzeitig auch *steuerten und regulierten*, sodass ihre bestmögliche Verwirklichung, darüber hinaus aber auch ihre Anpassung an die jeweils bestehenden politischen Möglichkeiten und deren Begrenzungen *relativ wut-, ressentiment- und enttäuschungsfrei* realisiert werden konnte.

Entfremdung zwischen Parteien und Wählern

Die Situation, in der sich die Bürgerinnen und Bürger *gegenwärtig* im Verhältnis zur Politik befinden, könnte nicht unterschiedlicher sein.

Die Unterschiede beginnen damit, dass mehrheitlich nur noch geringe personelle Verknüpfungen zwischen den einzelnen Individuen und der Politik bestehen – auch wenn diese der Gesellschaft ein »freundliches Gesicht« zuwendet und die Bereitschaft bekundet, alles zu tun, um die Bedürfnisse »der Menschen« im Rahmen des Möglichen zu erfüllen. Zweifellos können auf diese Weise in der Gesellschaft intensive Gefühle wachgerufen werden, die, wie sich in der Vergangenheit zeigte, durchaus die Form eines intensiven Vertrauens annehmen können. Hierbei stellt sich aber nicht mehr die enge Passung zwischen den gesellschaftlichen Wünschen, Bedürfnissen und Erwartungen auf der einen Seite und den politischen Output-Angeboten auf der anderen Seite ein, welche die Parteien in früheren Zeiten durch ihre ausbalancierende Einwirkung zu erzeugen wussten. Es kann auch keine Rede mehr von einer »Regulierung« des Wunsch-, Bedürfnis- und Erwartungshaushalts der Menschen sein. Bestenfalls kann noch mit mehr oder weniger großen Schnittmengen zwischen den hochgradig individualisierten Bedürfnissen der Einzelnen und der jeweiligen Angebotspalette der Parteien gerechnet werden, wobei die »Passung« oft nur relativ schwach und verschwommen ist. Die Wunsch-, Bedürfnis- und Erwartungshaushalte der Menschen können gewissermaßen frei und damit ohne Rücksicht auf die realen Befriedigungsmöglichkeiten fluktuieren, wobei die entscheidenden Stimulatoren mehr bei den Medien als bei der Politik zu suchen sind. Vor allem in Wahlkampfzeiten können aber auch Überlagerungen zwischen gleichgerichteten Einwirkungen eintreten, die sich gegenseitig verstärken. Hierbei stellen sich

unter Umständen Erwartungs- und Anspruchsinflationierungen ein, die sich weit von den realen Befriedigungsmöglichkeiten entfernen und gegebenenfalls massive, politisch folgenreiche Enttäuschungswellen nach sich ziehen. In ähnlichen Wellenbewegungen vermögen sich aber auch Angst- und Unsicherheitsgefühle zu verbreiten, wobei die Politik hier ebenso stark unter Druck geraten kann.

Eine entscheidende Rolle spielt bei alledem jedoch, dass es sich bei den Gesellschaftsmitgliedern grundsätzlich um »vereinzelte Einzelne« handelt, deren Erwartungen sich meist nicht zu überindividuellen Konglomeraten mit konsolidierten Konturen zusammenfinden, auf die sich mit verbindlichen Resultaten strategisch reagieren lässt. Wer als Politiker den Weg einer detaillierteren Abstimmung von Erwartungen und Politikangeboten einzuschlagen versucht, muss sich deshalb auf unablässige Anpassungen einlassen. Deren Erfolg ist jedoch selbst bei großem Krafteinsatz zweifelhaft, zumal den Erwartungen vielfach eine Dynamik innewohnt, die von den eigenwilligen Thematisierungszyklen der Medien mitbestimmt ist. Wenn überhaupt noch von einer »Steuerung« mit Tiefenwirkung gesprochen werden kann, dann nur in Verbindung mit deren maßgeblicher Einwirkung. Hierbei handelt es sich jedoch keinesfalls um eine Anpassung an die realen politischen Bedingungen und Möglichkeiten, sondern vielfach um das genaue Gegenteil, nämlich um die Begünstigung von Ärger, Wut, Enttäuschung, Angst und Unsicherheit, also von Gefühlslagen, deren Bändigung und politikdienliche Formierung vormals die Zielsetzung und Wirkung ihrer »Regulation« durch die Parteien gewesen war.

Die Folgen der zunehmenden Repräsentationsschwäche der Parteien reichen also wesentlich tiefer als gemeinhin angenommen wird. Das Verhältnis von Politik und Bevölkerung hat eine Entstrukturierung erfahren, die zu einer weitgehenden gegenseitigen Verunsicherung und Ressentimentgeladenheit führt. Immer mehr Menschen – aber auch viele Politiker – erleben die jeweils andere Seite als fremd, unverständlich und von eigenen Interessen bestimmt, wobei die Situation durch das Wissen darüber, dass man von der anderen Seite abhängig ist, oftmals verschlimmert wird. Eine unvermeidliche Folge dieser Entwicklung ist, dass die Politiker den Kontakt mit der Bevölkerung immer beschwerlicher finden, sodass sie in den Wahlkämpfen oft unbeholfen und verkrampft wirken. Indessen breitet sich in der Bevölkerung ein Misstrauen aus, das eine seiner hauptsächlichen Wurzeln darin hat, dass das Fremdeln oder die aufgesetzte Vertraulichkeit »derer da oben« bemerkt wird und der Verdacht entsteht, dass die Versprechungen, mit denen man

von verschiedenen Seiten traktiert wird, oftmals nur den einen Zweck haben, die eigene Wahlstimme einzusammeln.

Deshalb kann man es als einen eklatanten Widerspruch ansehen, dass die politischen Parteien nichtsdestoweniger diejenigen hauptsächlichen Alternativen verkörpern, zwischen denen bei den *Wahlen* zu entscheiden ist. Dies bedeutet einerseits für die politischen Parteien selbst eine grundsätzliche Problematik, die sie nur unvollkommen zu überbrücken vermögen. Sie betreiben mit diversen Strategien der Aufmerksamkeits-, Zustimmung- und Sympathiegewinnung eine auf Stimmenmaximierung zielende Wählerwerbung, zu der neben dem Suggestieren von Ängsten auch die Präsentation schwer einlösbarer Versprechen gehört. Andererseits bedeutet dies aber auch für die Bürgerinnen und Bürger, dass sie die Angebote der politischen Parteien in den Wahlkämpfen keineswegs mehr unbesehen als glaubwürdig und in ihr eigenes Einstellungs- und Erwartungsrepertoire übernehmen können, sondern – und zwar gerade wenn sie sich »rational« verhalten – unter Verdacht stellen und kritisch überprüfen. Dies erübrigt sich nur dann, wenn es sich um inhaltlich offene Angebote handelt, die sich auf die Qualifikationen von *Personen* beziehen. An diesen lässt sich aber nicht ohne Weiteres ablesen, was die Parteien im Fall eines Wahlsiegs konkret für die Bevölkerung – oder für den oder die einzelne(n) Wähler/in – tun wollen, sodass diese auf die Gewährung eines Vertrauensvorschlusses angewiesen sind, für dessen Einlösung es keine Garantien gibt. Dadurch überwiegt nach dem Wahllakt oftmals Ungewissheit bezüglich der Folgen des eigenen Handelns.¹²

Gespaltene Reaktionen der politischen Wissenschaft

Aus der Perspektive der Soziologie als benachbarter Disziplin lassen sich zumindest drei sehr unterschiedliche Reaktionen der politischen Wissenschaft auf die eingetretene »Repräsentationsschwäche« der politischen Parteien¹³ und die »Verdrossenheits«-Reaktion großer Wähler Teile beobachten. Die *ers-*

¹² Dem Eingeweihten wird klar sein, dass sich mit dieser Darstellung indirekt eine kritische Auseinandersetzung mit dem sogenannten Ann-Arbor-Modell der Beziehungen zwischen den politischen Parteien und der Bevölkerung verbindet, auf das an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden soll. Vgl. zum Ann-Arbor-Modell insbesondere Campbell u. a. 1980.

¹³ Decker 2016: 38.

te Reaktion besteht in der Einengung des wissenschaftlichen Aktionsfeldes auf eine faktenorientierte Parteien- und Wählerverhaltensforschung, welche der Neigung Vorschub leistet, das Phänomen mehr oder weniger zu verdrängen. Die *zweite* Reaktion besteht gerade umgekehrt in einer Fixierung auf das Phänomen, die sich mit seiner teils aufwendig betriebenen Beobachtung und empirischen Erfassung verbindet. Die Parteien- und Politikerverdrossenheit beginnt dabei allerdings, das Gesamtbild der gesellschaftlichen Bedingungen des Politikbetriebs mehr oder weniger exklusiv zu dominieren, sodass sich fließende Übergänge zu der *dritten* Reaktion herausbilden. Bei dieser handelt es sich um eine »Krisen«-Diagnostik, welche die schrillen Töne nicht scheut, wobei sich verschiedentlich die Tendenz abzeichnet, die Kalamität der politischen Parteien zu verallgemeinern, also nicht nur von einer Krise der »Parteiendemokratie«, sondern von einer *Krise der Demokratie schlechthin* zu reden. Da solchen Feststellungen die besondere Aufmerksamkeit der Medien zuteil wird, hat sich gegenwärtig ein Negativtrend der Situationsbeurteilung entwickelt, dem zunehmend die Qualität eines meinungsbeherrschenden »Narrativs« zuwächst.